



Reden Sie mit uns

Der 9. November wird gern als „Schicksalstag“ bezeichnet; Märzrevolution 1848, Novemberrevolution 1918, Hitlerputsch 1923, Reichspogromnacht 1938, aber eben auch der Fall der Berliner Mauer 1989. Die anfängliche Euphorie ist längst verfliegen, die bundesdeutschen Altparteien haben in den so genannten „neuen Ländern“ zunehmend einen schweren Stand. Grüne und FDP sind weitestgehend untergegangen, die SPD rutscht in drei Ländern unter zehn Prozent und kann sich noch in zwei behaupten, die CDU ist in zwei Ländern stärkste Kraft. Jenseits der Altparteien haben sich „Alternativen“ aufgetan, die davon leben, dass die demokratischen Kräfte offenbar den Menschen nicht mehr das bieten können, was sie sich wünschen. Das Vertrauen, das Anfang der 1990er Jahre vorhanden war, ist verschwunden. In vielen Gemeinden sitzen zunehmend partei-unabhängige Politiker auf den Bürgermeisterstühlen. Wo sind die sozial- und christdemokratischen Dorfschulen geblieben? Um Regierungen in drei ostdeutschen Landtagen hinzubekommen, wird ein Bündnis gebraucht, das nicht einmal eine richtige Partei ist.

In einer Diktatur ist das Leben bescheiden, aber bequem. Man muss sich um wenig kümmern, alles regelt der Staat. Und wenn man brav die Klappe hält und unauffällig seiner Wege geht, kann einem nichts passieren. Demokratien basieren auf der Mitwirkung der Menschen. Das fängt mit dem Wählen an, was viele schon überfordert.

Die Altparteien haben sich zu lange auf ihren Erfolgen ausgeruht und versäumt, mit den Leuten zu reden. Es reicht nicht aus, zu Wahlen auf dem Marktplatz Kugelschreiber und bunte Prospekte zu verteilen. In vielen Gemeinden ist beispielsweise die AfD dauerpräsent, heißt, nicht allein zu Wahlen, sondern an jedem Markttag ist sie vor Ort. Die AfD Leute kümmern sich, sind im Dorf oder der Kleinstadt bekannt. Die Parteien, die sich noch als etabliert bezeichnen, müssen aus der schrumpfenden Komfortzone raus und ran an die Menschen. Egal, wann nun neu gewählt wird, der Wahlkampf ist in vollem Gange, die Helfer strömen aus, hängen Plakate auf und verteilen ihre Werbegeschenke. In den nächsten Wochen muss sich niemand einen Kugelschreiber kaufen. Die AfD muss eigentlich keinen Wahlkampf machen und auch keine Geschenke verteilen, sie kann sich bequem zurücklehnen. Die Wähler laufen ihr von allein zu. Die AfD liegt in allen Umfragen bei

18 Prozent und ist damit zweitstärkste Partei hinter der CDU. Der Höhenflug des BSW scheint gestoppt, nur noch sechs Prozent. Vielleicht begreifen die Menschen langsam, welche Mogelpackung ihnen aus Saarbrücken aufgetischt wird.

Eine wichtige Zielgruppe für alle Parteien ist die große Schar der Ehrenamtlichen, ohne die in unserem Land so gut wie nichts liefe. Um diese, das muss man wohlwollend zur Kenntnis nehmen, kümmern sich die Altparteien. Gestern fand der Jahresempfang der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg statt. Aus vielen Bereichen wurden Freiwillige eingeladen, vom Sportverein bis zum THW.



v.l.: Bundestagsabgeordneter Dr. Jan-Marco Luczak, Fraktionsvorsitzender Patrick Liesener, Europa-Abgeordnete Hildegard Bentele, Vize-Bürgermeister Matthias Steuckardt, Stadtentwicklungsstadträtin Eva Majewski, Schul- und Sportstadtrat Tobias Dollase, Bürgermeister und Finanzsenator Stefan Evers. Foto: Ed Koch

Die CDU ist die stärkste Kraft in Tempelhof-Schöneberg, auch wenn eine grün-rote Zählgemeinschaft im Bezirksamt sie daran hindert, sich zu entfalten. Bei der letzten Bundestagswahl kam aber Luczak nur auf den dritten Platz, hinter **Kevin Kühnert** und **Renate Künast**. Beide treten nicht mehr an, so dass Luczak wie 2009, 2013 und 2017 den Wahlkreis wieder direkt gewinnen könnte.

Als Festredner trat Finanzsenator **Stefan Evers** auf, der natürlich auf die aktuellen Ereignisse einging. Den Ehrenamtlichen dankte er ausdrücklich, machte aber keine Zusagen für die Honorarkräfte der freien Träger. Er versprach, das Geld gerecht verteilen zu wollen, und ließ nicht unerwähnt, dass es Einschnitte geben wird. Sieben Wochen vor dem Jahresende würden alle gern wissen, ob es 2025 weitergeht.

Kritisch blickte Evers auf den Vorgängersenat. Hätte es unter diesem keine „Ausgabenexplosion“ gegeben, stünden wir heute besser da. Er räume auf und arbeite Tag und Nacht daran. Es müsse eine „Neuordnung“, sprich Verwaltungsreform geben. Wie soll diese aussehen? Reden Sie mit uns.

Ed Koch